



## Anfrage

<b>Vorlage-Nr.:</b>	AF/0019/2016		<b>Datum:</b>	04.03.2016
<b>Verfasser:</b>	03-Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	<b>Az:</b>		
<b>Gremienweg:</b>				
<b>17.03.2016</b>	<b>Stadtrat</b>	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
	TOP                      öffentlich	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen	
<b>Betreff:</b>	<b>Anfrage der GRÜNEN Ratsfraktion zum Erfolg des Bürger*innendienstes D115</b>			

Die einheitliche Behördennummer wurde im Jahr 2011 in Koblenz eingerichtet. Gedacht als erste Anlaufstelle für Verwaltungsfragen aller Art, erhalten Bürger\*innen und Unternehmen über die bundesweit einheitliche Nummer 115 Antworten auf die am häufigsten anfallenden Behörden-anliegen. Dazu stellen sich folgende Fragen:

1. Wie viele Kosten sind der Stadt Koblenz durch die Einführung von D115 entstanden?
2. Wie viele Personen wurden dafür eingestellt? Wie hoch sind die jährlichen Personalkosten?
3. Wie hoch ist die Kostenersparnis durch die Einführung im Vergleich zu den alleinigen Kosten der Nummer 129-0?
4. Wie entwickelt sich die Kosten-Nutzenrechnung mit dem Auslaufen der Landesförderung?
5. Wie viele Anrufe kommen über die z.T. kostenpflichtige Nummer 115 und wie viele Anrufe kommen weiterhin über die 129 – 0?